



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 4. Februar 2016
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

121. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 3. Februar 2016, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm **Berichte des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten sowie der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die vorläufige Vereinbarung zwischen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel und der Polizeidirektion Kiel vom 7. Oktober 2015 zum Vorgehen im Fall von erheblichen Schwierigkeiten bei der sicheren Identitätsfeststellung von Tatverdächtigen im Rahmen von Bagateldelikten** entgegen. An die Berichte schloss sich eine Aussprache an.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU, **Nur Integration schafft Perspektiven**, [Drucksache 18/3404](#) (neu), zur Ablehnung. Den selbstständigen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, **Nur Integration schafft Perspektiven - Grundrecht auf Asyl verteidigen**, [Drucksache 18/3477](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN zur Ablehnung. Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP den selbstständigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Nur Integration schafft Perspektiven**, [Drucksache 18/3474](#), zur Annahme.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze**, [Drucksache 18/3678](#), zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos**, [Drucksache 18/3682](#) (neu), zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen**

Binnengrenzen, [Drucksache 18/3683](#), sowie zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU, **Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen**, [Drucksache 18/3692](#), schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Europaausschusses an. Ferner kam der Ausschuss überein, in eine seiner nächsten Sitzungen den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Herrn Ole Schröder, einzuladen, um über die **Anwendung von § 63 Aufenthaltsgesetz** zu berichten.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Keine Separierung von Asylbewerbern aus „Sicheren Herkunftsländern“**, [Drucksache 18/3611](#), zur Ablehnung. Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag im Wege der Selbstbefassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimme der FDP, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/5585](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Den Antrag der Fraktion der CDU, **Straffällige Ausländer konsequent abschieben - Ghettobildung entgegenwirken**, [Drucksache 18/3731](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU zur Ablehnung.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug der Freiheitsstrafe in SH und zur Schaffung eines Justizdatenschutzgesetzes**, [Drucksache 18/3153](#), schloss der Ausschuss die mündliche Anhörung ab.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Zukunft der Städte und des ländlichen Raumes**, [Drucksache 18/3505](#) empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Kenntnisnahme.

Den Bericht der Landesregierung „**Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein**“ (**Evaluation über die bisherigen Maßnahmen und bevorstehender Verbesserungsbedarf**), [Drucksache 18/3573](#), nahm der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Der Ausschuss kam überein, zur Beratung des Antrags der Fraktion der CDU, **Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern**, [Drucksache 18/3730](#) (neu), die Justizministerin in eine seiner nächsten Sitzungen einzuladen.

Zum Bericht der Landesregierung, **Bekämpfung der Einbruchskriminalität**, [Drucksache 18/3713](#), sowie zum Gesetzentwurf der Landesregierung **Änderung des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes**, [Drucksache 18/3685](#), beschloss der Ausschuss jeweils die Durchführung von schriftlichen Anhörungen. Die Benennung der Anzuhörenden soll bis zum 17. Februar 2016 erfolgen.

Einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt wurde die Beratung des Antrags der Fraktion der PIRATEN, **Bundesratsinitiative zur technischen Sicherung des Fernmeldegeheimnisses - Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für das Telefon**, [Drucksache 18/3311](#).

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN wurde die Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der PIRATEN, **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister**, [Drucksache 18/2334](#), von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss: 17:40 Uhr

gez. Dörte Schönfelder